

Herr Dr. Wilhelm Ruprecht-Göttingen begrüßt diesen Vorschlag des Vorsitzenden. Es müsse als selbstverständlich betont werden, daß Ersparnisse möglichst nicht an Kulturausgaben vorzunehmen sind, andererseits müsse es jedoch unbedingt vermieden werden, die ungeheuren, bereits bestehenden Soziallasten noch zu vermehren. Das sei weder für das Sortiment noch für den Verlag tragbar. Herr Dr. Ruprecht bittet den Vorstand, eine entsprechende Eingabe gemeinsam mit dem Steuerausschuß auszuarbeiten und besonderes Gewicht auf die hohe Belastung durch Steuern und Soziallasten zu legen.

Der Vorsitzende erwidert, der Steuerausschuß befaße sich bereits mit diesen Fragen und werde die Anregungen des Herrn Dr. Ruprecht in der beabsichtigten Eingabe berücksichtigen.

Zum Punkt: Schulbuchhandel weist Herr E. Strauß-Chemnitz auf die schwierige Lage der Schulbuchhändler hin. Er bittet den Verlag, künftighin größeres Entgegenkommen zu zeigen.

Zum Punkt: Wissenschaftliches Antiquariat bemerkt der Vorsitzende, die seitens des Vereins der Deutschen Antiquariats- und Exportbuchhändler erfolgten Angriffe seien wohl den meisten Mitgliedern bekannt geworden. Der Vorstand habe deren Haltlosigkeit nachgewiesen und werde diesen Nachweis den Mitgliedern in geeigneter Form zur Kenntnis bringen. Eine Diskussion über die Angelegenheit in der heutigen Versammlung lehne der Vorstand ab.

Beim Punkt: Tauschverkehr weist Herr Waldemar Heldt-Hamburg auf die Hamburger Einrichtungen hin in der Hoffnung, auch andere Orte zu ähnlicher Organisation anzuregen. Er gibt nähere Erläuterungen darüber und bemerkt zusammenfassend, Vorbedingung dafür sei, daß die Sortimentler sich als Kollegen, nicht aber als Konkurrenten betrachten. Unter der Devise: »Einer für alle, alle für Einen« würden sich die Hamburger Einrichtungen auch in anderen Städten nur zum Besten des Buchhandels auswirken.

Der Vorsitzende schlägt vor, den Punkt Neuwahlen vorweg zu nehmen, womit die Versammlung einverstanden ist. Er erläutert den Wahlzettel und stellt die Wahlvorschläge zur Besprechung.

Nachdem sich niemand zum Wort meldet, werden die Wahlzettel eingesammelt und die Wahl wird geschlossen.

Der Vorsitzende fährt in der Beratung des Geschäftsberichts fort. Er stellt den zweiten Teil, den Tätigkeitsbericht, zur Aussprache.

Zu den Abschnitten: Ladenpreis, buchhändlerisches Verkehrsrecht und Studentenbuchhandel wird das Wort nicht gewünscht.

Zum Abschnitt: Wettbewerb der öffentlichen Hand führt Herr Hermann Hillger-Berlin aus, daß er sich als Mitglied des Preussischen Landtags stets für den Buchhandel verwende und auf den Wettbewerb der öffentlichen Hand sein besonderes Augenmerk richte. Er habe eine Reihe von Anträgen gestellt, von denen auch einige Erfolg gehabt haben. Ein neuerlicher Antrag betreffe den Vertrieb der Kursbücher durch die Reichspost zum Schaden des Buchhandels. Es häuften sich in letzter Zeit die Mitteilungen, daß die neuen Kursbücher an den Schaltern verkauft werden, und daß der Schalterbeamte einen Verdienst von 10 bis 15 Prozent habe, während die Reichspostdirektion dem Buchhandel ebenfalls nur diesen Prozentsatz gebe. Eine weitere Schädigung des Buchhandels sei der Kursbuchvertrieb der Mitropa, die ihr eigenes Kursbuch durch Kellner in den Eisenbahnwagen verkaufen lasse. Er habe insbesondere betont, daß die Erwerbslosennot immer schlimmer werden müsse, wenn durch die öffentliche Hand die Erwerbstätigen in ihren Erwerbsmöglichkeiten immer mehr eingeschränkt würden. In dieser Frage müßten unbedingt Verleger und Sortimentler gemeinsam vorgehen und sich helfen. Er bittet deshalb, daß man ihm alles zu erlangende Material entweder über den Börsenverein oder direkt zuleite.

Herr Generaldirektor Dr. Heß weist auf die im Geschäftsberichtsabschnitt erwähnten Verhandlungen mit der sächsischen Regierung über eine Buchvertriebsstelle der öffentlichen Hand hin und hebt hervor, daß die Regierung ohne weiteres dem Antrage des Börsenvereins stattgegeben und den Vertrieb unterbunden habe. Diese erfreuliche Hilfe sei leider von den Regierungen anderer Staaten nicht immer zu erhalten. Vielsach werde entgegengehalten, daß auf buchhändlerischem Gebiet die Konkurrenz der öffentlichen Hand nicht so schlimm sei. Um diesen Einwendungen den Boden zu entziehen, habe der Börsenverein eine Denkschrift verfaßt, in der das gesamte buchhändlerische Material zusammengefaßt ist. Er bittet, diese nach Erscheinen an alle in Betracht kommenden Stellen zu leiten. Er dankt dem anwesenden Vertreter der sächsischen Regierung nochmals für die jederzeit gewährte Hilfe und erbittet auch für die Verbreitung der Denkschrift Unterstützung.

Zu den Abschnitten: Werbung, buchhändlerische Ausbildung, Gesetzgebung wird das Wort nicht gewünscht.

Zum Punkt Urheber- und Verlagsrecht: Herr Dr. Gustav Kirstein-Leipzig weist darauf hin, daß sich der Buchhandel von jeher gegen die Einführung jedes Lizenzsystems gewendet habe. Überraschenderweise habe die Regierung, d. h. der bisherige Reichsjustizminister von Guérard sich für die Einführung einer Zwangslizenz nach englischem System ausgesprochen. Herr Dr. Kirstein gibt mehrere Erläuterungen zu dem bestehenden englischen System und weist auf die großen Schwierigkeiten hin, die mit seiner Einführung in Deutschland verbunden sein würden, so beispielsweise die Auseinandersetzungen mit den Erben, die Festsetzung eines bestimmten Prozentsatzes vom Ladenpreis. Bemerkenswert sei, daß das System in England kaum zur Anwendung komme. Insbesondere sei hervorzuheben, daß es durchaus noch nicht klar sei, ob das englische System im internationalen Sinne als Schutzfrist anerkannt werde. In einer Denkschrift, die der Regierung in den nächsten Tagen überreicht wird, hat der Börsenverein nochmals alle Argumente zusammengestellt, die gegen die Einführung des englischen Systems in Deutschland sprechen. Herr Dr. Gustav Kirstein bittet die Hauptversammlung, folgende Resolution anzunehmen:

»Die Hauptversammlung lehnt noch einmal einmütig den Gedanken ab, das sogenannte englische System der Zwangslizenz in die deutsche Gesetzgebung einzuführen.

Ständig fortgesetzte Überlegungen und Untersuchungen haben die Überzeugung erhärtet, daß dieses System unpraktisch ist, die Sicherheit des Urheberrechts gefährdet und auch internationale Schwierigkeiten gewärtigen läßt. Die Hauptversammlung erwartet, daß die Reichsregierung sich den begründeten Vorstellungen aller Zweige des Buch-, Kunst- und Musikalienhandels nicht verschließen wird.

Der Vorsitzende stellt bei der Abstimmung über die Resolution fest, daß diese einmütig von der Hauptversammlung angenommen ist.

Zum Punkt Verkehrsfragen bittet Herr Dr. Felix Meiner-Leipzig als Vorsitzender der Buchhändler-Abrechnungsgenossenschaft die Mitglieder des Börsenvereins, mehr als bisher mit der Genossenschaft zusammenzuarbeiten. Er bittet insbesondere bei Klagen über die Genossenschaft, Einzelfälle zu nennen; nur dann sei es der Genossenschaft möglich, etwas zu unternehmen. Die Beforgnis vieler Firmen, dadurch in Unannehmlichkeiten verwickelt zu werden, habe sich erfahrungsgemäß als unbegründet erwiesen. Zusammenfassend richtet er an diejenigen, die noch nicht Mitglied der Genossenschaft sind, die Bitte, ihr beizutreten.